

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/189

Bonn, den 2. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Stillstand in der Europa-Politik</u> Zum "Ergebnis" der deutsch-holländischen Gespräche	36
2 - 2a	<u>Irreführung</u> Nachspiel zur 17. Lastenausgleichs-Novelle Von Willi Jäger	64
3 - 4	<u>Die Geschichte der Atombombe Rotchinas</u> Moskau wollte Peking kaltstellen Von Erwin Erasmus Koch	95
5 - 6	<u>Schwarzer Kontinent im Wandel (I)</u> Bericht über die Afrika-Reise einer Bundestagsdelegation Von Wilhelm Dröschner, MdB	101

+ + +

Stillstand in der Europa-Politik

Zum "Ergebnis" der deutsch-holländischen Gespräche

Sp. - Was tut sich in der Europa-Politik? Das ist leicht zu beantworten. Der Zug nach Europa hin steht still, zuviel Sand steckt in seinen Maschinen. Resignation und Skepsis kreiten sich aus. Die Gespräche des holländischen Ministerpräsidenten Marijnen und seines Außenministers Luns mit ihren entsprechenden deutschen Partnern erhellten nicht das Dunkle, das über dem europäischen Horizont liegt und ließen auch keinen Weg erkennen, der aus der Sackgasse heraus-führt. Offensichtlich hat sich Bundeskanzler Erhard in der von ihm angemaßten Rolle eines Vermittlers übernommen. Die freundlichen Holländer sagten weder ja noch nein zu den von ihm entwickelten Vorstellungen.

Der holländische Standort in der Europa-Frage ist hinlänglich bekannt. Die Holländer fürchten ein deutsch-französisches Übergewicht, sie wollen als Gegengewicht Groß-Britannien dabei haben.

Aber welches sind die Vorstellungen Erhard's, wie sieht sein Fahrplan nach Europa hin aus, welche Stationen hat er aufzuweisen? Überzeugend wirken kann nur, wer selber auf festem Grund steht und seiner Sache gewiß ist. Ist dies bei Erhard der Fall? Die von ihm geführte Regierung ist infolge ihrer gegenwärtigen inneren Verfassung wohl gar nicht in der Lage, ein wirklichkeitsnahes Europa-Konzept auf den Tisch zu legen. Starke Kräfte in der Koalition, vor allem die bayrische CSU unter der Führung des mächtig nach vorn strebenden Franz-Josef Strauß, bestehen auf eine Zweier-Union mit Frankreich, ihnen ist die Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, die den Vertrag in die größeren europäischen und atlantischen Zielsetzungen einbettet, ein Grauel; sie möchten die Präambel am liebsten vom Tisch wegwischen. Sie würden dafür wohl nie eine Mehrheit im Bundestag finden, sind aber immerhin stark genug, dem Bundeskanzler, falls er jemals festen Willen bekunden sollte, Knüttel vor die Beine zu werfen. So wird die Regierung Erhard von einander widerstrebenden Kräften hin und her gerissen; in ihrer Ohnmacht nimmt sie Zuflucht zu Allgemeinplätzen und nichtssagenden Bekundungen guten Willens. Das ersetzt freilich keine zielsichere Europa-Politik.

Die holländischen Gäste scheinen dies gespürt zu haben. Diplomatische Höflichkeit verdeckte ihre Zweifel und ihre Enttäuschung.

Irreführung

Nachspiel zur 17. Lastenausgleichsnovelle

Von Willi Jäger

Die Empfänger von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich zählen zu den Ärmsten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten. Es sind in der Mehrzahl alte Menschen, die früher eigenen Besitz hatten und deren jetziges Einkommen knapp über den Richtsätzen der Sozialhilfe liegt. Noch schlimmer als die karge Altersversorgung ist für sie die Tatsache, daß durch die Unterhaltshilfe ihre Vermögensschädigung fast ganz aufgebraucht wird.

Um diesen Personenkreis ging es bei der umstrittenen 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz. Seit die Bundesregierung am 24. Juni vorigen Jahres den Entwurf eines 17. LAG-Änderungsgesetzes vorlegte, war es offensichtlich, was die Unterhaltshilfe-Empfänger von ihr zu erwarten hatten. Die Vorlage sah eine Anhebung der Beträge für Alleinstehende um 15 auf 170,- DM vor; Ehegatten sollten nur 9,- DM zugelegt bekommen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion antwortete darauf mit einem eigenen, umfassenden Änderungsentwurf, der teilweise sogar die Vorschläge der Verbände übertraf.

Gleich nach der Sommerpause 1963 begannen die parlamentarischen Beratungen beider Entwürfe, die mit der 3. Lesung im Plenum des Bundestages am 4. Juni dieses Jahres ihren Abschluß fanden. Die Zustimmung des Bundesrates erfolgte am 26. Juni. Das Ergebnis war höchst unbefriedigend. Nur in drei Punkten wurden Kompromißlösungen und damit nennenswerte Verbesserungen erreicht. Im einzelnen ist darüber wiederholt ausführlich berichtet worden. Die Betroffenen erhalten nun im Oktober erstmals 20 Mark Unterhaltshilfe mehr und eine entsprechende Nachzahlung für die Zeit bis zum Juni 1963. Man könnte resigniert dieses Kapitel des 17. Bundestages als abgeschlossen betrachten, das genau in die Gesamtbilanz der Bundesregierung paßt, wenn nicht ebendort noch von der CDU versucht würde, aus diesem beschämenden Resultat poli-

tisches Kapital zu schlagen.

Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, Kuntscher, veröffentlichte im "Deutschen Ostdienst" und in einigen landmannschaftlichen Zeitungen einen Aufsatz über die 1% Lastenausgleichsnovelle. Es ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der nun rechtskräftigen sachlichen Veränderungen. Anstatt sich für das mäßige Ergebnis zu entschuldigen, für das er sowie seine Fraktions- und Koalitions-Kollegen verantwortlich sind, leitet er seinen Artikel mit einem ungerechtfertigten Angriff gegen die Sozialdemokraten ein. Er behauptet, der Bundesrat habe dem Änderungsgesetz gegen die "sozialdemokratisch geführten Länder Bremen, Hamburg und Hessen" zugestimmt. Das ist eine Irreführung, die nicht unwidersprochen bleiben kann.

Was hatte sich im Bundesrat tatsächlich ergeben? Da die Novelle auch die Aufbringung der Mittel neu regelt, meldeten die Stadtstaaten aus grundsätzlichen finanziellen Erwägungen Bedenken an. Das Land Hessen hatte zwar vor der Sitzung ebenfalls eine grundsätzliche Klärung dieses Finanzproblems gewünscht, gleichzeitig aber versichert, daß es hinsichtlich der verbesserten Leistungen in Vorlage treten werde, um keine weitere Verzögerung entstehen zu lassen. Bei der Abstimmung hat die hessische Vertretung dank für die Vorlage gestimmt, zum Unterschied beispielsweise von Bayern. Der Abgeordnete Kuntscher läßt zudem unerwähnt, daß auch Niedersachsen, das Land, das er im Bundestag vertritt und das zu den "von der SPD geführten Ländern" zählt, zustimmte.

So bedauerlich es ist, daß einige Redakteure den Artikel ohne Beanstandung übernahmen, so gewiß ist andererseits, daß sich die Geschädigten nicht für dumme verkaufen lassen. Die Verbände, die anlässlich der Beratungen und der Verabschiedung der Novelle in ihren Organen durchweg objektiv berichteten und die Bemühungen der SPD anerkannten, werden Herrn Kuntscher und seine Freunde im übrigen sicher bald zum "Offenbarungseid" bringen, denn die dringend notwendigen Verbesserungen sind nur aufgeschoben.

Die Geschichte der Atombombe Rotchinas

Moskau wollte Peking kaltstellen.

Von Erwin Erasmus Koch

Eine Mitteilung des amerikanischen Außenministers Dean Rusk läßt den Test einer ersten chinesischen Kernspaltungswaffe in naher Zukunft erwarten. Solange Rotchina jedoch nicht ein Arsenal nuklearer Bomben und dazu vor allem auch die Raketen-Trägerwaffen besitzt, ist es noch keine Atommacht. Die Explosion der Bombe oder auch die Detonationen in einer Reihe von Tests haben lediglich Propaganda-Effekte. Sie sollen Schrecken verbreiten; sie täuschen vor, was noch nicht ist.

Gründung der sowjet-chinesischen "Buntmetall-Gesellschaft"

Bald nach der Erprobung der ersten sowjetischen Plutoniumwaffe war Mao Tse-tung am 1. Oktober 1949 der "Vorsitzende" der Volksrepublik China geworden. Wenige Monate später reiste Mao zur ausdrücklichen Bekundung der sowjetisch-chinesischen Verbrüderung nach Moskau. Durch die im Krenl paraphierten Abkommen vom 14. Februar und 27. März 1950 sicherte die Sowjetunion der Volksrepublik China auch die Förderung der technischen und wissenschaftlichen Entwicklung zu. Mao Tse-tung versprach Stalin eine Gegenleistung: Die Rohstoffe Sinkiangs - Buntmetalle, Uran, Erdöl - sollten sowjetische Geologen erschließen; eine chinesisch-sowjetische Gemeinschaftsgründung, die "Buntmetall-Gesellschaft" Sinkiang werde die bergbauliche Nutzung betreiben und auch "die geeignete Verwendung wichtiger Minerale und Erze vorbereiten". Die gemeinsame Arbeit war auf die Dauer von dreißig Jahren bestimmt worden. Tatsächlich endete sie jedoch bereits 1955, nach knappen fünf Jahren. Solange bildete die "Buntmetall-Gesellschaft" Sinkiang das Dachunternehmen für ein gleichfalls in Moskau beschlossenes Kernforschung-Projekt, "vornehmlich zur friedlichen Nutzung von Isotopen". Dem kommunistischen Regime in China kam dabei zugute, daß einige, zum größten Teil ausgezeichnete chinesische Physiker aus den USA, aus Dänemark, Großbritannien und Frankreich einem Appell Mao Tse-tungs "zur Rückkehr ins Mutterland China" folgten. Unter ihnen befand sich auch Professor Wan Kan-chang, ein Wissenschaftler, der in Los Alamos am Bau der drei ersten Kernspaltungsbomben der Amerikaner mitgearbeitet hatte. Dr. Wan Kan-chang verband herzliche Beziehungen mit Dr. Klaus Fuchs und den ebenfalls von Westen abtrünnigen amerikanischen Wissenschaftlern Dr. Bruno Pontecorvo und der Physikerin Joan Chese Hinton. Überdies war Wan Kan-chang mit Professor Emelianow befreundet, dem "Vater der sowjetischen Atombombe". Die chinesische Koryphäe reiste bald und häufig zwischen Peking, dem Sitz der Pei-ta-Universität und ihrem neuerrichteten Lehrstuhl für Kernphysik, Urumtschi, dem Sitz der Verwaltung der Buntmetall-Gesellschaft und dem russischen Forschungszentrum Dubna bei Moskau hin und her. Nicht weniger häufig weilte Emelianow in Urumtschi und Peking.

Das erste chinesische Atomzentrum

Die Besprechungen galten der wissenschaftlichen Schulung von jährlich jeweils zweihundert für Dubna zugelassener, durch Wan Kan-chang besonders ausgewählten Nachwuchskräften und der Einrichtung eines chinesisch-sowjetischen Atomforscher-Komitees in Dubna und in

Urumtschi. Vor allem aber befassten sie sich mit den Vorbereitungen zum Aufbau eines ersten chinesischen nuklearen Zentrums. Dessen Standort wurde nördlich der Taklamakan-Wüste zwischen dem Farim-Fluß und der Dsungarei bestimmt. Die alten Karawansereien und nunmehr Knotenpunkte der Sinkiang-Eisenbahn am Rande der Seidenstraße Turfan, Urumtschi, Wu-su, Kuldja und Kutscha schlossen es in einem Sechseck ein. Das Ministerium "für besondere Maschinen", im Chinesischen "ti san chi hsich kung yeh pu", übernahm die staatliche Aufsicht. Das Mitglied im Zentralkomitee der KPCh Nien Jung-chen wurde "Atomminister".

Professor Klaus Fuchs durfte nicht mitmachen

Unterdessen waren durch Geologen-Kollektive der "Buntmetall-Gesellschaft" reiche Vorkommen hochwertiger Uranminerale im Kun-Lun, im Tianshan, in den Pamiren und im mongolischen Altai entdeckt worden. Sowjetische Ingenieure leiteten die Anlage der Schächte. Die Erze wurden an Ort und Stelle gesintert und dann in die Sowjetunion exportiert, solange jedenfalls, wie die "Buntmetall-Gesellschaft Sinkiang" noch unter russischer Beteiligung betrieben wurde.

Professor Wan Kan-chang fand in Dubna eine ehrenvolle Auszeichnung. Er wurde stellvertretender Vorsitzender des chinesisch-sowjetischen Komitees. Zu den Lehrern gehörten auch Dr. Pontecorvo und Jean Chaze Hinton. Später sollte auf Vorschlag Wan Kan-changs Dr. Klaus Fuchs einen Lehrstuhl an der Universität Peking übernehmen. Die Sowjets lehnten indes dieses Ansinnen rundweg ab. Dr. Fuchs durfte lediglich einige chinesische Physiker an der Universität Dresden ausbilden.

Professor Emslianow, der sowjetische "Berater", hatte die Anlagen in Sinkiang offensichtlich nur für die Isotopenforschung ausgestattet. Dazu sollte ein Reaktor von nur 5000 Kilowatt Leistungskraft genügen. Nach einer anderen Information lieferte die Sowjetunion jedoch einen Molter mit 10000 Kilowatt Potential. Was weiterhin innerhalb des "atomaren Sechsecks" geschah, konnte im einzelnen nicht genau ermittelt werden.

Moskau kündigt Militärabkommen

1957 war weiter ein geheimes Militärabkommen über "Technik und Verteidigung" zwischen Peking und Moskau abgeschlossen worden. Offensichtlich hatten dabei die Sowjets den Chinesen die Lieferung eines Atombomben-Modells versprochen. Als Mao Tse-tung auf die Erfüllung dieser Zusage drängte und keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit ließ, daß China eine selbständige Atommacht werden sollte, kündigte die Regierung der Sowjetunion 1959 das Abkommen.

Um so entschlossener drängte Mao Tse-tung auf die Entwicklung der eigener Kernwaffe. Seit 1960 wurden jährlich zumindest 400 Millionen Dollar dafür aufgewendet und neue Zentren zur Kernwaffenforschung im zentralen China, in Siem, im Nordosten mit zwei Reaktoren in Harbin und in Tientsin errichtet.

Tschou En-lai kritisierte unterdessen scharf das sowjetische Verhalten: "Da ein gewisses Land den Durchbruch Chinas zur Atommacht verhindern will, werden wir ihn aus eigener Kraft, gleich am welchen Preis, vollziehen!"

+ + +

Schwarzer Kontinent im Wandel (I)

Bericht über die Afrika-Reise einer Bundestagsdelegation

Von Wilhelm Dröscher, MdB

Die Südamerikalinie der Lufthansa ist auf Monate hinaus ausverkauft. Dementsprechend war das Gewühl in der Abflughalle des Rhein-Main-Flughafens, als die 5 Abgeordneten sich Anfang September abends dort trafen. Wenige Stunden genügten, sie zu einer kleinen Gemeinschaft zusammenzuschließen. Mitten in der Nacht, als die Kabinen der großen Düsenmaschine auf dem Flugplatz in Dakar geöffnet wurden, schlug ihnen die schwüle Wärme der Regenzeit Äquatorial-Afrikas entgegen. Der Eindruck eines großen, leeren nächtlichen Bahnhofs. Boffissen und trinkgeldversessen die ersten afrikanischen Träger, die sich um die Koffer rauen, hilfsbereit Herren der deutschen Botschaft, die ihre Abgeordneten abzuholen gekommen waren.

Unterbringung im Hotel K'Gor, das von der französischen Air-France gebaut worden ist und, wenn die Räume klimatisiert wären, einen ausgezeichneten Stützpunkt für eine Tour d'Horizon nach Westafrika bietet.

Die Planung der Reise sah einen Besuch in Senegal, einen dreitägigen Aufenthalt in Mauretanien und schließlich noch fünf Tage in Guinea vor. Das Abenteuer begann, wie alle solche Dinge, mit den festen Vorsätzen, möglichst viel zu sehen, sich von nichts Überwältigen zu lassen, sondern mit kühler Distanz ein Maximum an Erkennen und Wissen mit nach Hause zu bringen.

Die Anlaufzeit in Senegal war angenehm dosiert. Ein Tagesausflug in eine moderne Phosphatfabrik, von ausländischem Kapital aufgebaut und unter amerikanisch-französischer Leitung erfolgreich arbeitend. Dann zwei, allerdings von stürmischem Regenwetter äußerlich ein wenig unfreundliche, ruhige Wochenendtage in Dakar und am Anfang der folgenden Woche ein 1000-km-Trip in das Landesinnere. Nachdem die guten Teerstraßen, die zum Teil aus der französischen Kolonialzeit, dann aber aus Hilfsmaßnahmen der Amerikaner stammen, verlassen waren, ging es mitten in den Busch, um beachtliche Straßenbauprojekte der deutschen Entwicklungshilfe zu sehen.

25 Millionen DM werden dort verbaut, um die inneren Verbindungs-linien als echte Infrastruktur-Maßnahmen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Die oberste Bauleitung und Abrechnung geschieht durch einen deutschen Diplom-Ingenieur, der für Verhandlungen mit den Stellen des Landes und Abrechnung verantwortlich ist. Bauausführung durch ortsansässige französische Firmen mit modernem Großgerät. Deutlich spürbar die Tendenz der Afrikaner, so schnell als möglich die Dinge selbst in die Hand zu bekommen. Deutlich sichtbar aber auch die Notwendigkeit, noch mit dem eingefahrenen Führungspersonal zu arbeiten, wenn solche großen Projekte erfolgreich bewältigt werden sollen.

Eindrucksvoll, aber schwierig die Ernteaussaat des Landes, das nur 4 Monate Regen und ausreichend Feuchtigkeit hat, während die übrigen 8 Monate der sandige Boden weitgehend austrocknet und erstarrt. Erstaunlich auch der verhältnismäßig zahlreiche, offenbar aber nicht zur

einträglichen Fleisch- und Milchleistung gebrachte Rindviehbestand, die vielen Pferde, die nur als Reit- und Fahrpferde verwendet werden und die Unzahl an Eseln, Schafen und Ziegen in diesem Lande. Dennoch wollte es uns scheinen, daß neben der Monokultur auch ein Gemüse- und Obstbau (vor allem mit entsprechenden Bewässerungsmaßnahmen) in diesem Raum möglich sein muß.

Höhepunkt der Senegal-Reise war ein längeres und sehr freundschaftliches Gespräch mit Präsident Senghor, der ein geistvoller und kluger Mann (Übrigens auch ein Dichter) ist. Seine Erfahrungen als früheres Mitglied der französischen Regierung bestimmen offensichtlich auch seine maßvolle Politik im Lande. Dem Präsidentenbesuch war ein längeres Gespräch mit Abgeordneten im Parlament und eine sehr instruktive Aussprache mit dem jungen und tatkräftigen Planungsminister vorausgegangen. Beim Gespräch mit den Parlamentariern wurden insbesondere Deutschlandprobleme, die Berliner Mauer, die afrikanische Kritik an gewissen westlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kongo und generell das Ost-West-Verhältnis behandelt.

Das Flugzeug wechselt die Szenen der Handlung so schnell wie eine moderne Drehbühne. Ein ganz anderes Land ist Mauretanien mit seiner Hauptstadt Nouakchott, ca. 800 Kilometer nördlich Dakar. Zweimal so groß wie Frankreich ist das neue Land, aus dem südwestlichen Teil des Saharagebietes gebildet und mit 900 000 Einwohnern ganz dünn besiedelt, meist Wüstengebiete. Dem Literaturkundigen vertraut aus den Büchern von 'Saint-Exupéry', die zum Teil dort spielen (Wind, Sand und Sterne). Das Land ist dabei, sich eben eine Hauptstadt an trostlosem Wüstenplatz, früher Ort eines französischen Forts, allerdings nur 5 Kilometer von einer der großartigsten Badestrände der Welt am Atlantik, aufzubauen.

Erst 7 000 Einwohner, vom Nomaden im Zelt bis zum hohen Parlamentsbeamten im klimatisierten Raum, sind neben den Botschaften vieler westlicher Länder dort ansässig. Das Land ist wegen seiner großen Bodenschätze (Eisen, Kupfer und Öl) außerordentlich interessant. Es scheint, als ob der in den letzten Jahren andauernde Versuch Marokkos, das Territorium als Teil seines Staatsgebietes zu betrachten, allmählich einschlafen würde und die Selbständigkeit damit auch von dort anerkannt würde. Ungewöhnlich interessant die über Tage sich hinziehenden Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten (Bar Ould Me) und seinen drei Vizepräsidenten, die gewissermaßen gemeinsam den Kopf des noch 32-köpfigen mauretischen Parlaments darstellen. Man versucht offenbar in der "fortschrittlichen" Allein-Regierungspartei die Verbindung alter und neuer Kräfte. Vor allem die stundenlangen Gespräche mit Sheik Mohamed Lemire werden uns wegen ihrer Fertigkeit, wegen ihres Gebundenseins an persönliche Erlebnisse des jetzt 61-jährigen Mannes, noch lange in Erinnerung bleiben. Auch in diesem Land ein freundschaftliches Verhältnis zur Bundesrepublik, das durch die Botschaft in angenehmster Weise gefördert wird. - Die jetzt vorgesehene Entwicklungshilfe: Bau und Einrichtung einer ersten Druckerei im Land. Für Mauretanien und Senegal gilt, daß diese Länder vollkommen selbständig sind, aber doch noch mit wesentlicher Hilfe der französischen Verwaltung arbeiten und sich insbesondere völlig auf das französische kulturelle Leben und die bisherigen Anstrengungen stützen, die breite Schichten mit der französischen Kultur in enge Verbindung gebracht haben. Das Defizit des nicht ausgeglichenen ordentlichen Haushaltes wird vom französischen Währungsgebiet mit Unterstützung der EWG aufgebracht.

wird fortgesetzt